

Was ist nur in Thüringen los?

Eine Fußballmannschaft in Thüringen von ausgemusterten Innenministern nach der Wiedervereinigung ist bald voll. Acht der Ausgemusterten gehörten der CDU und zwei der SPD an. Holger Poppenhäger (SPD) als Letzter der langen Reihe der entlassenen Innenminister wurde Opfer einer unsinnigen Gebietsreform. Mit dieser Entlassung kurz vor der Bundestagswahl hat sich die Thüringer SPD einen Bärendienst erwiesen. Ein messbarer Nutzeffekt einer solchen Reform konnte bis heute nicht nachgewiesen werden. Der neue 11. Innenminister Georg Maier (SPD) soll's nun richten. Zusätzlich soll Herr Maier als Unterstützung auch noch einen Staatssekretär erhalten. (Geld spielt ja keine Rolle!) Nach wie vor wurden die Bürger bei allen für sie wichtigen Entscheidungen und Gesetze außen vor gelassen. Herr Maier als neuer Innenminister findet ein großes unaufgeräumtes Aufgabengebiet vor. Neben der Gebietsreform soll er sich auch um den kommunalen Finanzausgleich kümmern.

Thüringen benötigt dringend ein reformiertes Kommunalabgabengesetz, in dem die ruinösen, unzeitgemäßen Straßenausbaubeiträge und Abwasserherstellungsbeiträge der Vergangenheit angehören. Rentner, Hartz IV-Empfänger, Geringverdienende, Schwerbehinderte usw. als Eigenheimnutzer mit derartigen, teilweise bis zu 7-stelligen Beiträgen zu belasten, ist unmenschlich. Wenn Herr Maier in der gegenwärtigen Situation Zuspruch und Vertrauen von der Bevölkerung ernten will, ist es unumgänglich, eine gute Zusammenarbeit mit der Bürgerallianz für gerechte Kommunalabgaben zu pflegen. Seit Jahrzehnten war dies mit seinen Vorgängern fast unmöglich. Er hat jetzt die Chance, diesen Zustand zu verändern. Positive Entscheidungen eines SPD-Politikers werden sich sicherlich bei zukünftigen Wahlen auszahlen.

Wenn Herr Maier nicht wie seine teils völlig unfähigen und mit Skandalen belasteten Vorgänger auf einem Schleudersitz Platz nehmen möchte, ist er gut beraten, eine gute Zusammenarbeit mit der Bürgerallianz Thüringen zu pflegen.

Auch eine Aufgabe des neuen Innenministers sollte sein, in Waltershausen mit seinen acht Gemeinden unabdingbar wieder eine Polizeiinspektion, wie über 100 Jahre üblich war, einzurichten.

Horst Reising
Waltershausen